Quelle: FAZ vom 12.3.13

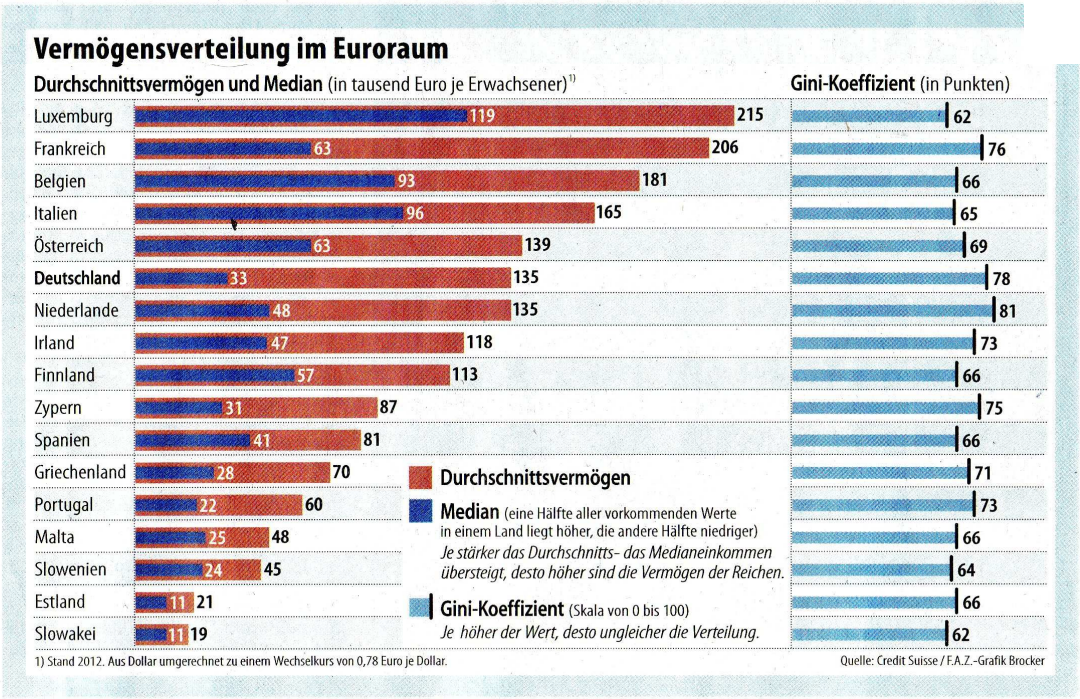
EZB zögert Studie über Reichtum hinaus

Daten zur Vermögensverteilung erst nach Zypern-Rettung / Große Unterschiede im Euroraum

ruh. FRANKFURT, 11. März. Die Umfragen der Europäischen Notenbanken über die Vermögensverteilung in den 17 Mitgliedsstaaten der Währungsunion soll nach Informationen dieser Zeitung erst nach einem Beschluss über ein Hilfsprogramm für Zypern veröffentlicht werden. Man wolle vermeiden, dass die Daten über die Vermögen der Zyprer genutzt werden, um die Milliardensummen für das Rettungsprogramm in Frage zu stellen, heißt es in Notenbankkreisen. Dabei sind die Grundzüge der Vermögensverteilung der Europäer durchaus bekannt. Eine Studie der Credit Suisse schätzt das durchschnittliche Nettovermögen von Erwachsenen in Zypern für das Jahr 2011 auf 87 000 Euro. Zum Vergleich: In Deutschland lag dieser Wert zur selben Zeit bei rund 135 000 Euro.

Weil die Notenbanken genauere Daten über Armut und Reichtum haben wollten, haben sie umfangreiche Befragungen vorgenommen. Seit dem Jahr 2006 arbeiten die Statistiker an den Untersuchungen. „Wie die Krise gezeigt hat, kann ein kleiner, hoch verschuldeter Teil der Bevölkerung einen bedeutenden Einfluss auf Marktentwicklungen haben", heißt es in einer Vermögensstudie der österreichischen Notenbank. Deshalb ziele die Analyse vor allem auf Erkenntnisse zur Wirkungskette der Geldpolitik und zur Wirkung von Haushaltsverschuldung und Vermögenseffekten auf den Konsum. Die Haushalte wurden gefragt, wie viel Geldvermögen sie besitzen, wie wertvoll ihre langlebigen Konsumgüter wie Autos oder Schmuck sind, welchen Marktwert ihr Haus oder ihre Wohnung hat und wie hoch die Schulden sind. Die Summe ergibt das Nettovermögen.

Einige Notenbanken wie die in Italien, Österreich, Luxemburg und Spanien haben ihre Daten bereits veröffentlicht. Die Deutsche Bundesbank hat das, obwohl auch ihre Umfrage abgeschlossen ist, bislang noch nicht getan. Auch hier behaupten böse Zungen in Finanzkreisen, dass sie gezögert habe, um den umstrittenen Armutsbericht der Bundesregierung abzuwarten. Der ist inzwischen erschienen, und die Bundesbank will nun ihre Ergebnisse im Rahmen einer Konferenz am 21. März vorstellen. Der Gesamtbericht der EZB soll frühestens im April vorliegen. Dann dürfte das Rettungsprogramm zugunsten Zyperns über die Bühne gebracht sein. Die EZB erklärt den bislang unklaren Veröffentlichungstermin damit, dass die Daten und Studienergebnisse aus den 17 Mitgliedsländern noch von den Fachleuten überprüft werden müssten.

Die Notenbanken zieren sich mit der Herausgabe der Daten offenbar auch deshalb, weil sie die Wirkung auf die Öffentlichkeit fürchten. Denn in den Umfragen steckt politischer Sprengstoff: Zum einen, weil die Vermögen in manchen Krisenländern größer sind als in einigen finanziell stabilen Ländern. Die Banca d'Italia nennt zum Beispiel in ihrer Kurzanalyse nur den mittleren Wert, den Medianwert, von knapp 164 000 Euro Vermögen je privaten Haushalt. Im Vergleich hierzu liegt der Medianwert für Österreich mit 76 000 Euro nur knapp halb so hoch. In Deutschland – wo die Vermögen am oberen Ende stärker konzentriert sind – dürfte der Median etwa auf dem von Österreichs Notenbank veröffentlichten Niveau liegen (F.A.Z. vom 7. März). Anders als die Banca d'Italia hat die österreichische Notenbank mit 265 000 Euro aber auch den Durchschnittswert bekanntgegeben.

Die verzögerte Offenlegung der Daten der Notenbanken mutet seltsam an, da es schon Daten und Studien zur Vermögensverteilung gibt. Eine Studie der Credit Suisse aus dem Jahr 2012 etwa beruht auf Analysen und Schätzungen von Forschern der Universität Oxford. Sie beziehen sich ebenfalls auf das Nettovermögen, also einschließlich Immobilien und abzüglich der Schulden. Demnach liegt Italien mit einem Durchschnittsvermögen von knapp 165 000 Euro je Erwachsenen auf dem vierten Rang im Euroraum. Die Zyprer sind mit knapp 87 000 Euro ähnlich vermögend wie Spanier und reicher als Portugiesen oder Griechen. Deutschland liegt diesen Daten zufolge mit 135 000 Euro zwischen Italien und Zypern. Für böses Blut könnte sorgen, dass die beiden ärmsten Länder Estland und Slowakei mit Durchschnittswerten von 21 000 und 19 000 Euro zu den Ländern gehören, die für reichere und zugleich höher verschuldete Euroländer Haftungsrisiken übernehmen müssen.